

Katrin Göring-Eckardt

- (A) stätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald nur 50 Prozent der Führungen stattfinden können. Das halte ich für einen absoluten Skandal, wenn es um Vergangenheitsaufarbeitung und Erinnerungskultur in Deutschland geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Auch dabei gab es ein langes Hin und Her, ob man der Gedenkstätte wenigstens 400 000 Euro mehr gewähren sollte. Es hat einer riesigen Anstrengung bedurft, aber es ist jetzt beschlossen worden. Dafür bin ich froh und dankbar.

Was die Erinnerungskultur angeht, will ich mit Blick auf die Zukunft ausdrücklich vorwarnen – in der gleichen Zeit hat nämlich im Kulturausschuss die Anhörung zur Erinnerungskultur stattgefunden –: Wir können uns in der Erinnerungskultur keine Schwerpunktverschiebung weg von der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit leisten. Ich glaube, das gebietet die Verantwortung, die wir in Deutschland für unsere eigene Geschichte haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das hat die Anhörung sehr deutlich gemacht. Wenn man über das Jahrhundert des Totalitarismus und die beiden deutschen Diktaturen redet, dann sind wir auf dem falschen Weg. Das halte ich für sehr gefährlich in einer Zeit, in der Neonazis überall in Deutschland versuchen, sich zu verankern. Ich halte das für gefährlich in einer Zeit, in der wir einen Neuanfang bzw. einen Neuaufbruch brauchen, gerade weil viele überlebende Zeitzeugen bald nicht mehr da sein werden. Wir brauchen einen Neuaufbruch für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle für unser kritisches Geschichtsbewusstsein spielt.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht an, bei der Zivilgesellschaft zu streichen und nach dem Motto zu verfahren, an ihrer Stelle werden es schon die Institutionen in Deutschland machen. Es geht auch nicht, auf der einen Seite zulasten eines kritischen Geschichtsbewusstseins zu streichen und auf der anderen Seite davon auszugehen, dass sich die Bedeutung der Gedenkstätten danach bemessen wird, wie wirtschaftlich sie sind. Sprich: Eine Gedenkstätte ist umso wichtiger, je mehr Besucherinnen und Besucher sie hat. Auch das hat für mich nichts mit kritischem Geschichtsbewusstsein und mit der Bedeutung zu tun, die wir in Deutschland aus meiner Sicht mit diesen Gedenkstätten verbinden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und als Letztes: Wenn es um die Aufarbeitung unserer DDR-Geschichte in Deutschland geht, macht es keinen Sinn, so zu tun, als ob es da nur Repression, Anpassung, Abhängigkeit, Ausgrenzung und Widerstand gegeben hätte.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Aber verniedlichen wollen wir auch nicht!)

- Ganz bestimmt nicht. Ich bin bestimmt nicht die Richtige, der Sie das sagen müssen, dass wir nicht verniedlichen wollen, nein. (C)

Aber der Punkt ist genau, dass wir über das andere ebenso reden müssen: über Loyalitäten, über ideologische Überzeugung. Nur dann, wenn wir in Gänze darüber sprechen, werden wir nämlich verhindern, dass die Vergangenheit verniedlicht und bagatellisiert wird. Wem wir damit einen Gefallen täten, das wissen wir hier im Hause ganz genau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Davor müssen wir auf der Hut sein. Wir haben zwei wichtige Debatten dazu vor uns. Ich will das an dieser Stelle wegen der Zeit nur in Stichworten sagen: Das eine ist die Debatte um das sichtbare Zeichen, das andere die Debatte um das Denkmal für Einheit und Freiheit. Beides gehört auch in diesem Sinne zusammen, und ich hoffe sehr, dass wir mit kritischem Geschichtsbewusstsein dafür sorgen, hier nicht eine Schlagseite zu bekommen, die der Geschichtsaufarbeitung, die wir in der Vergangenheit hatten und die wir so dringend brauchen, zuwiderläuft. Wir stehen hierbei in einer Verantwortung, die mehr ist, als die Debatte hierzu am heutigen Tag gezeigt hat.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Merkel von der SPD-Fraktion. (D)

(Beifall bei der SPD)

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es stimmt, die Haushaltsberatungen in diesem Jahr waren sehr erfreulich.

(Lachen bei der FDP)

Was in diesem Jahr erfreulich war, sind die Fakten, die hier schon oft genannt worden sind und die ich auch nicht verschweigen will: Dass die **Nettokreditaufnahme** erheblich gesenkt werden konnte – von 19,5 Milliarden Euro auf 14,4 Milliarden Euro in diesem Jahr; im nächsten Jahr soll sie auf höchstens 11,9 Milliarden Euro festgeschrieben werden –, ist ein Erfolg. Dass unser Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, näherrückt – spätestens im Jahr 2011 –,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

ist ebenfalls ein Erfolg. Dass die Steuereinnahmen höher sind als erwartet, ist auch gut, und dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert hat – das Zeichen dafür sind über 1 Million Arbeitsplätze mehr –, ist auch etwas, das als Erfolg bezeichnet werden kann. Das lassen wir auch nicht kleinreden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Petra Merkel (Berlin)

- (A) Lieber Kollege Kampeter, wer wie Sie nach zwei Jahren Regierungserfahrung glaubt, man müsse nur an einer Stellschraube drehen, um Erfolg zu haben, der greift meines Erachtens zu kurz. Dieser Erfolg ist auch darauf zurückzuführen, dass die rot-grüne Koalition – auch zusammen mit der CDU/CSU im Bundesrat – Reformen in Gang gesetzt hat, die jetzt Wirkung zeigen. Rot-Grün hat damit angefangen, die Große Koalition hat dies erfolgreich fortgeführt,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber Ihr Parteitag hat sich doch davon verabschiedet, Frau Kollegin Merkel!)

und das ist auch ein Ergebnis von konsequenter Politik, auf deren Kontinuität zumindest die Sozialdemokraten stolz sein können; denn sie war erfolgreich.

(Beifall bei der SPD)

Weniger Schulden zu machen, ist ein richtiges und ein wichtiges Ziel, das wir auch weiterhin verfolgen. Wichtig ist aber auch, dass es nicht das einzige und alleinige Ziel ist, sondern ein Mittel, die Notwendigkeit dafür, wieder Luft zu bekommen, Handlungsspielräume zu erschließen und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Richtig ist: Haushalts- und Finanzpolitik muss Begehrlichkeiten abwehren können, muss aber auch Impulse geben.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir schmeißen kein Geld zum Fenster hinaus, sondern investieren angesichts der stabileren Lage in Bereiche, die die Stabilität sichern und weiter festigen sollen. Umso erfreulicher ist es, wenn die Einnahmen höher sind als erwartet; umso erfreulicher ist, dass wir durch den Nachtragshaushalt 2007 aufgrund höherer Einnahmen nun auch zusätzliche Mittel hatten, die wir gezielt einsetzen konnten.

Durch die **Steuermehreinnahmen** konnten wir mit dem Nachtragshaushalt wichtige Vorhaben finanzieren und Schwerpunkte setzen. Mit der Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 2,15 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige konnten wir einen wesentlichen Beitrag für eine zukunftsorientierte Familienpolitik leisten. Das ist ein wesentlicher Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir investieren in Köpfe und somit in Zukunft. Das tun wir auch mit dem Haushalt 2008 durch die Erhöhung der BAföG-Bedarfssätze um 10 Prozent und der Freibeträge um 8 Prozent.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Auch das Meister-BAföG steigt. Damit bringen wir spürbare Verbesserungen und sorgen für mehr Chancengleichheit.

Meine Kolleginnen und Kollegen haben schon darauf hingewiesen, welche weiteren Schwerpunkte wir im Bereich Bildung und Forschung setzen konnten. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir haben den

Etat in den Haushaltsberatungen um 163,3 Millionen Euro erhöht. (C)

Mein Hinweis auf die anderen Einzelpläne ist noch nicht zu Ende. Ein Programm, das mir besonders wichtig ist, weil es auf eine Initiative von uns Haushältern, Steffen Kampeter, zurückgeht, ist: Im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird nun ein Programm zur Umsetzung kreativ-wirtschaftlicher Konzepte neu gestartet. Mit insgesamt 5 Millionen Euro sollen so kreativ-wirtschaftliche Projekte aus allen Bundesländern gefördert werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich komme jetzt zu einem meiner Etats aus dem Bundeskanzleramt, zum **Kulturhaushalt**. Neben diesen eben genannten Investitionen konnten wir in den Kulturhaushalt weitere Mittel einstellen.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sehr gut!)

So fließen – das haben Sie von der Opposition schon angemerkt – zusätzliche Mittel in Höhe von 400 Millionen Euro als **Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen**. Auf eines möchte ich an dieser Stelle ganz besonders hinweisen: Dies geschah im Parlament und durch das Parlament.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieses Geld kam nicht durch den von mir durchaus geschätzten Herrn Staatsminister in den Haushalt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Der hat aber die Vorbereitung gemacht!) (D)

Dass Sie sich, Herr Neumann, über diese Mittel, die Ihrem Etat zugutekommen, freuen, ist verständlich; das tue auch ich. Sie haben einen unverhofften Geldsegen erhalten, für den Sie nichts tun mussten.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Aber das Geld kommt vom Steuerzahler, nicht vom Parlament!)

Die Bereitstellung dieser zusätzlichen Mittel war ein Wunsch des Parlaments und ist auf eine Initiative des Parlaments zurückzuführen. – Das war zur Klarstellung nötig.

(Beifall bei der SPD)

Diese Mittel sind für mich ein gutes Beispiel, wie Gelder gezielt eingesetzt werden können, um Impulse und Prioritäten zu setzen. Zunächst einmal sind diese Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen an die **Kofinanzierung** durch Länder und Kommunen sowie Private gekoppelt. Das heißt, es fließen mehr Mittel, als wir einstellen.

Teil dieses Programms sind Mittel für die Sanierung der Staatsoper in Berlin, für die Klassik Stiftung Weimar, die Stiftung Festspielhaus Beethoven in Bonn und die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Über die Staatsoper müssen wir noch reden!)

Petra Merkel (Berlin)

- (A) Hier ganz gezielte Investitionen zu leisten, ist uns mit diesem großen Programm gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Alle Mittel sind gesperrt, weil wir im Haushaltsausschuss die Entsperrung der Mittel für alle diese Projekte erst freigeben werden.

Wir haben auch ein Programm für den **Denkmal-schutz** in Höhe von 40 Millionen Euro aufgelegt.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]:
Sehr gut! Das ist notwendig!)

Dies wird vielen Ländern und Kommunen zugutekommen. Wir haben gemerkt, dass sich die Länder und Private daran beteiligen. Dies sind Investitionen, die in den einzelnen Regionen einen Anker setzen. Das schafft zusätzliche Arbeit und kommt dem Mittelstand zugute. Diese Art der Impulssetzung streben wir an; deswegen stellen wir diese 40 Milliarden zur Verfügung.

(Zurufe von der CDU/CSU: Millionen!)

– 40 Millionen, richtig.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Milliarden wären auch gut, sind aber nicht möglich!)

– Richtig, das kommt vielleicht beim nächsten Mal, wenn es so weitergeht.

Wir begleiten Projekte, auch solche, die eines sehr sensiblen Umgangs bedürfen. Das „**sichtbare Zeichen**“ ist für mich so ein Projekt. Es steckt gerade in den Anfängen und benötigt meiner Meinung nach eine sorgsame und sensible Begleitung. Als „sichtbares Zeichen“ soll auf der Grundlage der vom Bonner Haus der Geschichte konzipierten **Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“** eine **Dauerausstellung in Berlin** eingerichtet werden.

- (B) Wir begleiten Projekte, auch solche, die eines sehr sensiblen Umgangs bedürfen. Das „sichtbare Zeichen“ ist für mich so ein Projekt. Es steckt gerade in den Anfängen und benötigt meiner Meinung nach eine sorgsame und sensible Begleitung. Als „sichtbares Zeichen“ soll auf der Grundlage der vom Bonner Haus der Geschichte konzipierten **Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“** eine **Dauerausstellung in Berlin** eingerichtet werden.

An dieser Stelle erlaube ich mir die persönliche Bemerkung, dass über die derzeit ins Auge gefasste Unterbringung der geplanten Dauerausstellung im Deutschlandhaus noch einmal diskutiert werden muss, und zwar sowohl im Kulturausschuss als auch im Haushaltsausschuss.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das können wir gerne prüfen!)

Dieser Standort muss meiner Meinung nach überprüft werden. Die SPD-Fraktion war immer der Auffassung, dass diese Dauerausstellung in die bestehende Museumslandschaft eingebettet werden müsse und die europäische Einbindung von zentraler Bedeutung sei.

Ich gebe Folgendes zu bedenken: Eine räumliche Nähe des „sichtbaren Zeichens“ zum Landesverband der Vertriebenen in Berlin im Deutschlandhaus könnte zu Recht den Verdacht erwecken, dass eine inhaltliche Nähe zu dem vom Bund der Vertriebenen geplanten Zentrum gegen Vertreibung geschaffen werden soll. Das widerspricht nach meiner Auffassung der Koalitionsvereinbarung. Eine deutliche Abgrenzung des „sichtbaren Zeichens“ von einem Zentrum gegen Vertreibung – sowohl räumlich als auch inhaltlich – ist – da bin ich sicher –

für die SPD-Bundestagsfraktion Grundvoraussetzung für die Umsetzung dieses Projekts. Sie sehen: Es besteht noch erheblicher Diskussionsbedarf.

(Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Haben Sie denn einen Alternativvorschlag?)

Ich möchte noch ein Beispiel für den Bereich des Reformierens geben. In diesem Zusammenhang darf ich auf die **Föderalismuskommission II** eingehen. Dort arbeiten wir daran, neue, wirksamere Grenzen und **Begrenzungen der Verschuldung** zu definieren und zu vereinbaren. Wir haben uns vorgenommen, die Finanzbeziehungen und Verwaltungsaufgaben zwischen dem Bund und den Ländern neu zu ordnen und dadurch Einsparungen zu erzielen.

Ein Bereich, in dem wir meiner Meinung nach tätig werden können und sollten, ist die Einführung einer **Bundessteuerverwaltung**.

(Beifall bei der SPD)

Während der zweiten Expertenanhörung der Föderalismuskommission II wurde deutlich, dass die Einrichtung einer solchen Bundessteuerverwaltung sehr wohl interessant ist.

Ich halte es für ein gutes und wichtiges Instrument, durch eine Bundesbehörde Steuern einzuziehen. Entscheidend ist, dass sich dann kein Land herausmogeln und auf seinem Gebiet Betriebsprüfungen vernachlässigen kann. Kein Bundesland sollte damit punkten, dass es weniger Mitarbeiter bei der Steuerverwaltung und Steuerprüfung gibt. Sie alle wissen, was das für ein fatales Signal ist. Laxes Auslegen der Steuergesetze darf nicht als Standortfaktor genutzt werden.

(Beifall bei der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Wie in Baden-Württemberg!)

Da sage ich als Haushälterin: So nicht!

Neben den gleichen Bedingungen für die Durchführung in den Ländern, die wir durch eine Bundessteuerverwaltung schaffen könnten, gefällt mir besonders ein charmanter Gedanke: nämlich dass die **Effektivitätsgewinne**, die Mittel, die man durch Bürokratieabbau beim Einziehen von Steuern erhält – das sind ungefähr 10 Milliarden Euro –, sowohl dem überschuldeten Bund als auch den überschuldeten Ländern zugutekommen. Es gab die Überlegung, dabei auch den **Abbau von Alt-schulden** einzubeziehen. Alle würden davon profitieren: der Bund, die Länder und die Kommunen. Wir sollten weiterhin darüber nachdenken, ob das nicht ein Weg ist, den wir gemeinsam gehen können.

Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir solche Reformen in Angriff nehmen können. Wir haben jetzt aufgrund der Haushaltssituation gute Bedingungen dafür. Wir haben ein Zeitfenster, das wir nutzen sollten. Ich hoffe, dass wir gemeinsam in diese Richtung gehen können.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)